MLP-Gesundheitsreport 2016

Ärzte beklagen Versorgungslücken

Glaubt man dem Gesundheitsreport 2016 des Finanzvertriebs MLP, sind zwar 40 % der Bürger zufrieden mit der Gesundheitspolitik, aber 62 % der Mediziner stellen der Politik ein schlechtes Zeugnis aus. Ebenso viele Ärzte gehen von einer Verschlechterung der medizinischen Versorgung in den nächsten Jahren aus, vor allem auf dem Land. Bürger fürchten steigende Kassenbeiträge (81 %) und eine Zweiklassen-Medizin (67 %). Dies sind einige Kernergebnisse des 9. MLP-Gesundheitsreports.

© Gina Sanders/Fotolia

Der Gesundheitsreport 2016 zeigt: Ärzte sehen mehrheitlich nicht allzu optimistisch in die Zukunft.

Für den repräsentativen Gesundheitsreport hat das Institut für Demoskopie Allensbach 1.920 Personen ab 16 Jahren interviewt. In der telefonischen Befragung der Mediziner waren 308 niedergelassene und 204 Klinikärzte einbezogen. In ihrer Beurteilung der Gesundheitspolitik unterscheiden sich Bürger und Ärzte deutlich: 40 % der Bevölkerung (2012: 26 %) haben einen guten Eindruck von der Gesundheitspolitik insgesamt, die Ärzte hingegen lehnen sie zu 62 % (2012: 71 %) ab. Entsprechend sind 66 % von ihnen (2012:

73 %) der Meinung, das Gesundheitssystem müsse umfassend reformiert werden; in der Bevölkerung sagen dies nur 41 % (2012: 47 %).

Schlechtere medizinische Versorgung befürchtet

Für die kommenden Jahre gehen die Ärzte weiterhin mehrheitlich (62 %; 2014: 64 %) von einer Verschlechterung der medizinischen Versorgung aus. Insbesondere die Versorgung im ländlichen Raum erachten 91 % als problematisch, die Verordnung aller medizinisch notwendigen Leistungen erachten 84 % der Befragten als gefährdet. Mit einer Zweiklassen-Medizin rechnen mehrheitlich sowohl Ärzte (70 %) als auch Bürger (67 %). Fast jeder zweite Arzt (44 %) gibt an, dass er zumindest in Einzelfällen aus Kostengründen auf therapeutische Maßnahmen verzichten musste (2014: 37 %; 65 % sehen wegen dieser Einschränkungen gar ihre Therapiefreiheit infrage gestellt).

Der Kostendruck im Gesundheitswesen wird auch von der Bevölkerung wahrgenommen. Deutlich gestiegen ist der Anteil der Bürger, die mehrmals beim Arzt eine Behandlung oder ein Medikament selbst bezahlen mussten (32 %; 2012: 21 %). Für 54 % der Bürger kommt es aber dennoch nicht infrage, ihre Gesundheitsdaten – zum Beispiel via Smartphone-App – ihrer Krankenkasse zur Verfügung zu stellen, um Vergünstigungen zu erhalten. Von den un-

ter 30-Jährigen lehnen dies allerdings nur 30 % ab.

Recht auf Zweitmeinung finden Ärzte mehrheitlich gut

Unterschiede zwischen den Ansichten von Ärzten und Bürgern zeigen sich bei den jüngst umgesetzten Reformmaßnahmen: So befürworten 58 % der Bevölkerung die neuen zentralen Terminvergabestellen, während 81 % der niedergelassenen Ärzte diese ablehnen. Das neu eingeführte Recht auf eine zweite Arztmeinung vor besonders häufigen Operationen erachten 75 % in der Bevölkerung als gut. Ärzte befürworten das neue Recht auf eine zweite Arztmeinung für bestimmte Operationen zu 92 %.

Um dem Ärztemangel in ländlichen Regionen zu begegnen, hat die Regierung die Gründung eines Strukturfonds für die Förderung der Niederlassung in diesen Gebieten beschlossen – eine Maßnahme, die rund drei Viertel der Ärzte begrüßen. Auch den gesetzlich vorgesehenen Ausbau telemedizinischer Angebote finden Mediziner mehrheitlich gut (61 %).

Gespalten sind die Ärzte hinsichtlich des Krankenhausstrukturgesetzes: Nur eine knappe Mehrheit begrüßt Qualitätsmessungen, die veröffentlicht werden (53 %) und Auswirkungen auf die Honorierung haben (53 %). Mehr denn je klagen Krankenhausärzte über Personalmangel (68 %; 2014: 63 %). Die Versorgungsqualität in den Krankenhäusern bewerten die dort tätigen Ärzte aber mit 91 % weiterhin genauso gut wie 2012. Bundesweit ist der Anteil der Krankenhausärzte, die angeben, sie hätten aus Kostengründen bereits auf medizinisch gebotene Behandlungen verzichten müssen, deutlich gestiegen – von 27 % 2014 auf 45 % in diesem Jahr. 77 % der Ärzte sehen das medizinisch Sinnvolle im Krankenhaus von Budgets, Pauschalen und Regressen dominiert.

Dr. Brigitta Schneider